

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses
am 28.02.2013

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitzender)

CDU

Herr Bürgermeister Helling

Frau Osthus (für Herrn Rüter)

Herr Weber

SPD

Herr Hamann

Frau Bürgermeisterin Schrader

Herr Tsapos (für Herrn Fortmeier)

Frau Weißenfeld (für Herrn Sternbacher)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage

Herr Rees

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Frau Schmidt

Bürgernähe

Herr Schmelz (beratendes Mitglied)

Entschuldigt fehlen:

Herr Nettelstroth, stellv. Vorsitzender, CDU

Herr Rüter, CDU

Herr Fortmeier, SPD

Herrn Sternbacher, SPD

Herr Schulze, BfB

Verwaltung:

TOP

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Beigeordneter Moss

Herr Beigeordneter Kähler

Frau Beigeordnete Ritschel

Frau Ley, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Berens, Amt für Finanzen

Herr Schlüter, Presseamt

Herr Heißenberg

Feuerwehramt

5

Frau Stude, Büro des Rates

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Gäste:

Herr Biemann

Kanzlei Heuking, Kühn, Lür & Wojtek

9

Bürgerinnen und Bürger

Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Beschlussfähigkeit des mit Schreiben vom 20.02.2013 eingeladenen Haupt- und Beteiligungsausschusses fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 31.01.2013

B e s c h l u s s:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 39. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 31.01.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3

Anfragen

Zu Punkt 3.1

Beitritt der Stadt Bielefeld zur ÖPP Deutschland AG

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5336/2009-2014

Text der Anfrage:

Unter welchem Hintergrund und mit welchen Absichten hat wer in der Stadt Bielefeld wann entschieden, dass die Stadt Bielefeld im Dezember 2012 der ÖPP Deutschland AG beigetreten ist?

Im Rahmen der Beantwortung der Anfrage führt Herr Stadtkämmerer Löseke aus, dass es sich bei der ÖPP Deutschland AG um ein vom Bund geschaffenes Beratungsunternehmen handele, das ausschließlich für die Öffentliche Hand tätig sei. Den Informationen des Bundesministeriums der Finanzen zufolge sei die Rahmenvereinbarung mit der ÖPP

Deutschland AG über die Erbringung von Beratungsleistungen für ÖPP-Projekte mit Datum vom 15.10.2012 für weitere vier Jahre verlängert worden. Nach den Ausführungen des Ministeriums hätten sich bereits 100 Länder, Landkreise, Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen diesem Schritt angeschlossen und die Rahmenvereinbarung gezeichnet. Der Beitritt sei mit keinen finanziellen Verpflichtungen verbunden. Herr Stadtkämmerer Löseke unterstreicht, dass der Beitritt der Stadt Bielefeld ermögliche, Beratungsleistungen der ÖPP Deutschland AG für ÖPP-Projekte ohne aufwändige Vergabeverfahren in Anspruch zu nehmen. So könnten ÖPP-Projekte schneller geprüft und umgesetzt werden. Um auch der Stadt Bielefeld die Option für eine erleichterte Inanspruchnahme der ÖPP Deutschland AG zu sichern, sei - vertreten durch den Stadtkämmerer - im September 2012 der Beitritt der Stadt Bielefeld erfolgt.

Herr Schmelz merkt an, dass die ÖPP Deutschland AG zu 23 % in der Hand von Banken, Baukonzernen und Beratern sei. Unter Verweis auf die Diskussion um die Wasserprivatisierung in Frankreich weist er darauf hin, dass auch in Deutschland die Rechnungshöfe PPP-Projekte als unwirtschaftlich kritisieren würden. Wissenschaftler monierten zudem methodische Fehler bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung, die sich fast immer zugunsten der Privaten auswirken würden. Im Nachhinein würden sich solche Projekte für Fachleute als „Mogelpackung“ darstellen, die zudem ineffizient und intransparent seien und von einem ehrenamtlichen Kommunalpolitiker weder überschaubar noch kontrollierbar seien. Da die Diskussion auch in Bielefeld bereits im Rahmen von cross-border-leasing und anderen PPP-Projekten geführt worden sei, nehme er mit Befremden zur Kenntnis, dass der Beitritt zur ÖPP Deutschland AG zu einem Zeitpunkt erfolgt sei, in dem sich die Stadt in einer prekären Haushaltssituation befinde.

Herr Stadtkämmerer Löseke betont nochmals, dass er durch den Beitritt der Stadt Bielefeld nur eine Option hätte ermöglichen wollen. Ob diese Option allerdings in Anspruch genommen werde, falle letztendlich in die Entscheidungskompetenz der zuständigen politischen Gremien. Im Übrigen befinde sich Bielefeld in sehr guter Gesellschaft, da beispielsweise das Land NRW und die Städte München, Hamburg, Bochum und Magdeburg weitere Zeichner der Rahmenvereinbarung seien.

Herr Rees erklärt, dass PPP-Modelle aus seiner Sicht ein gefährlicher Irrweg seien. Es gebe viele Beispiele dafür, dass solche Projekte zu 100 % zu Lasten der Kommunen gingen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hätte sich der Rat der Stadt Bielefeld seinerzeit dafür entschieden, dass Technische Dienstleistungszentrum (TDLZ) in Eigenregie zu errichten. Auch wenn die die Intention, durch den Beitritt zur ÖPP Deutschland AG eine Option zu erhalten, nicht kritisiert werden könne, werde seine Fraktion bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auch zukünftig solchen Modellen nicht zustimmen.

Herr Hamann merkt an, dass die Bürgernähe mit der vorliegenden Anfrage überflüssige Interpretationen anstelle. Er habe keine Veranlassung die Verwaltung zu kritisieren, da mit dem Beitritt nur die Option ermöglicht worden sei Beratungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Im Übrigen vertraue er darauf, dass der Rat in seiner fachlichen

Beurteilung - wie z. B. bei der Errichtung des TDLZ geschehen - die richtigen Entscheidungen treffen würde.

Unter Verweis auf die im Zusammenhang mit der Errichtung des TDLZ geführte Diskussion betont Herr Bürgermeister Helling, dass eine Entscheidung über PPP-Modelle in Abhängigkeit vom jeweiligen Projekt zu treffen sei. Eine pauschale Kritik an diesen Projekten könne er jedoch so nicht akzeptieren.

Frau Schmidt führt aus, dass die Hintergründe für den Beitritt schon kritisch hinterfragt werden müssten. Der Beitritt des Landes NRW sei angesichts des Umstandes, dass die damalige Landesregierung in 2002 eine PPP-Taskforce eingerichtet habe, nicht weiter verwunderlich. Da sich die Finanzlage der Kommunen erheblich verschlechtert habe, würden solche Projekte wieder verstärkt vorangetrieben, auch wenn die Vergangenheit gezeigt habe, dass diese stets zu Lasten der Kommunen gehen würden.

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4

Hauptwochenmarkt auf dem Kesselbrink, Aufbauplan und weiteres Verfahren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4785/2009-2014/1

Herr Hamann beantragt 1. Lesung, da seine Fraktion noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich des dieser Nachtragsvorlage zugrundeliegenden Beschlusses der Bezirksvertretung Mitte habe.

Herr Schmelz begrüßt, dass in der letzten Zeit verstärkt konstruktive Gespräche mit den Markthändlerinnen und -händlern geführt worden seien. Die Gründe für die Durchführung eines Marktes auf dem Rathausplatz an einem Tag in der Woche seien in der Vorlage nachvollziehbar dargestellt. Durch den neuen Standort hätten überdies viele Bürgerinnen und Bürger ortsnahe die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen, was gerade unter Berücksichtigung des demographischen Wandels wichtig sei. Vor diesem Hintergrund spreche er sich dafür aus, dass auf dem Rathausplatz auch künftig mindestens an einem Wochentag ein Markt stattfinde, zumal dies auch zu einer Belebung der eher tristen Fläche führe. Es sei an der Zeit, ohne die zwischen Marktbesuchern und Politik bestehenden „beziehungsmaßige Altlasten“ konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Herr Bürgermeister Helling erklärt, dass die Beschlusslage der Bezirksvertretung Mitte eindeutig sei und keine Interpretationsspielräume zulasse. In den zurückliegenden Jahrzehnten seien zur Standortfrage des Hauptwochenmarktes mehrfach Diskussionen über die Geeignetheit des mit erheblichem investivem Aufwand hergestellten Neumarkts und über den zunächst nur als Provisorium genutzten Kesselbrink geführt

worden. Entscheidungen seien stets in enger Abstimmung mit der zuständigen Bezirksvertretung getroffen worden, dem seine Fraktion auch in der vorliegenden Frage folgen werde, zumal gerade im Rahmen der Neugestaltung des Kesselbrink eine intensive Beteiligung der verschiedenen Nutzergruppen erfolgt sei. In diesem Zusammenhang habe er die mutige und zutreffende Stellungnahme des Herrn Bezirksbürgermeisters Franz anerkennend zur Kenntnis genommen. Dem Wunsch nach 1. Lesung werde seine Fraktion jedoch Rechnung tragen.

Herr Oberbürgermeister Clausen betont, dass die Verwaltung mit der Beschlusslage der Bezirksvertretung Mitte keine Interpretationsschwierigkeiten habe. Im Übrigen entscheide die Bezirksvertretung nicht endgültig, vielmehr spreche sie gegenüber dem Haupt- und Beteiligungsausschuss eine Empfehlung aus. Dieser gebe wiederum eine Empfehlung an den Rat ab, der letztendlich die Marktsatzung zu beschließen habe.

Frau Rathsmann-Kronshage erklärt, dass es auch in ihrer Fraktion nach der Entscheidung der Bezirksvertretung Diskussionsbedarf gebe, so dass sie dem Antrag auf 1. Lesung zustimmen werde. Es sei im Übrigen unstrittig, dass der Markt auch auf dem Kesselbrink stattfinden solle. Der Markt auf dem Rathausplatz solle nur an einem Tag in der Woche und auch nur von einem Teil der Markthändlerinnen und -händler durchgeführt werden.

Herr Buschmann unterstreicht, dass dem Beschluss der Bezirksvertretung Mitte eine hohe Priorität einzuräumen sei. Des Weiteren müsse deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass der Kesselbrink dienstags, donnerstags und samstags als Marktplatz genutzt werde. Insofern sei ein zusätzlicher Markt auf dem Rathausplatz hiervon klar abzugrenzen. Er befürchte, dass der Kesselbrink durch ein zusätzliches Angebot auf dem Rathausplatz an Attraktivität verliere, zumal diese Möglichkeit von denjenigen Händlerinnen und Händlern genutzt werde, die sonst auf dem Kesselbrink stünden. Angesichts der noch offenen Fragen stimme er ebenfalls dem Antrag auf 1. Lesung zu.

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zum Hauptwochenmarkt auf dem Kesselbrink in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Feuerwehr Bielefeld - Jahresbericht 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5332/2009-2014

Unter Verweis auf den verteilten Jahresbericht der Feuerwehr 2012 berichtet Herr Heißenberg anhand einer Powerpoint-Präsentation zunächst über die Einsatzverteilung bei Bränden, Hilfeleistungen und im Rettungsdienst. (*Anm.: Die Präsentation ist in digitaler Form im Informationssystem hinterlegt.*) Während sich die Zahl der Brandeinsätze

im Vergleich zu 2011 um 35 (- 2,5 %) auf 1.368 verringert habe, sei die Zahl der technischen Hilfeleistungen, die oft in Zusammenhang mit besonderen Wetterereignissen stünden, um 279 (+16,6 %) auf 1.963 gestiegen. Die Zahl der Rettungsdiensteinsätze sei ebenfalls weiter angestiegen und hätte in 2012 bei 41.930 Einsätzen (+ 5,1%) gelegen. Gründe für diese signifikante Steigerung seien die demographische Entwicklung, die relativ frühe Entlassung von Patientinnen und Patienten aus Krankenhäusern sowie das Sinken der Hemmschwelle, den Notruf auszulösen. In diesem Zusammenhang sei anzumerken, dass die Prognosen des Rettungsdienstbedarfsplans schon jetzt wieder überholt seien. Im Rahmen der Brandeinsätze seien 121 Menschen (2011: 31) gerettet worden. Neben 79 verletzten Personen (2011: 48) sei bedauerlicherweise ein Brandtoter (2011: 0) zu beklagen gewesen. In diesem Kontext merkt Herr Heißenberg an, dass auch in 2012 wieder mehrere Personen durch das Abbrennen von Holzkohlegrills in Wohnräumen Suizid begangen hätten. Unter Hinweis auf die Bedeutung der privaten Rauchmelder erläutert er, dass das Land NRW ab dem 01.04.2013 die Rauchmelderpflicht in Wohnungsneubauten einführen werde, ab 31.12.2016 seien diese für alle Wohnungen Pflicht. Nachfolgend berichtet er über einige besondere Einsätze in 2012, wie z. B. den Brand einer Sporthalle an der Vogelweide, die Brandstiftung durch Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr auf dem Gelände der Fa. Kriehme und die Explosion eines illegalen Feuerwerkdepots in Schildesche. Nach kurzer Darstellung der in 2012 geleisteten überörtlichen Hilfe geht Herr Heißenberg abschließend noch auf die Fahrzeugbeschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr (vier Lösch- sowie drei Mannschaftstransportfahrzeuge) ein.

Bezug nehmend auf die Ausführungen zu den möglicherweise zu früh erfolgenden Entlassungen aus Krankenhäusern bittet Frau Rathsmann-Kronshage um Auskunft, ob es diesbezüglich einen Austausch mit den Kliniken gebe und ob entsprechende belastbare Zahlen vorliegen würden. Herr Heißenberg erklärt, dass diese Annahme zahlenmäßig nicht fundiert belegt werden könne.

Herr Bürgermeister Helling merkt an, dass die seit Jahren steigende Zahl der Notfallrettungen kein Bielefelder Phänomen sondern ein landesweiter Trend sei, der durchaus mit einer gewissen Mentalität einhergehe, gegen die sehr schwer anzuarbeiten sei. Problematisch sei, dass die steigende Anzahl der Alarmierungen mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden sei. Herr Heißenberg ergänzt, dass die Steigerungsrate bei den Notfallrettungen landesweit zwischen 4 – 6 % liege. Da es für den Disponenten sehr schwer zu entscheiden sei, ob ein Einsatz gerechtfertigt sei oder nicht, fänden mittlerweile bereits entsprechende Schulungen statt.

Unter Verweis auf den Jahresbericht bittet Frau Schmidt um Auskunft zu den Fehlalarmierungen insbesondere bei Brandmeldeanlagen, die aus ihrer Sicht sehr hoch seien. Herr Heißenberg entgegnet, dass die Fehlalarmierungen in der Regel nicht durch private Rauchmelder ausgelöst würden, sondern durch gesetzlich geforderte Brandmeldeanlagen, die in immer mehr Objekten gefordert würden. Im Verhältnis zu der gestiegenen Anzahl der Brandmeldeanlagen sei die Zahl der Fehlalarmierungen prozentual sogar gesunken. Die Gründe für die Fehlalarme seien sehr vielschichtig, hauptsächlich würden diese

bedingt durch menschliches Versagen oder durch Böswilligkeit ausgelöst.

Auf die Frage von Herrn Hamann zur GPS-Ortung von Opfern via Handy erklärt Herr Heißenberg, dass dieses Verfahren bereits praktiziert werde und die Feuerwehr auf Anfrage die Koordinaten von den Netzanbietern erhalten würde.

Auf Nachfrage von Herrn Rees, ob es in Anbetracht der durch besondere Wetterereignisse ausgelösten Einsätze Überlegungen gebe, hier vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, führt Herr Heißenberg aus, dass insgesamt gesehen die Zahl der Einsätze bedingt durch die in Bielefeld in den letzten Jahrzehnten ergriffenen Maßnahmen zur Regenrückhaltung gesunken sei. Zu unwetterbedingten überörtlichen Einsätzen hätte die Feuerwehr Bielefeld in 2012 nicht ausrücken müssen.

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss nimmt den Jahresbericht der Feuerwehr für das Jahr 2012 zur Kenntnis.

-.-.-

